

Andacht in der Zionskirche und geplante Maßnahmen gegen Kirchenvertreter

Im Herbst 1988 wurden Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow der Schule verwiesen, weil sie sich offen gegen Militärparaden und Rechtsextremismus in der DDR ausgesprochen hatten. Die Betroffenen erfuhren eine Welle der Solidarität. In vielen Gemeinden der evangelischen Kirche fanden Fürbittgottesdienste und öffentliche Veranstaltungen statt. Für Staatssicherheit und SED-Führung handelte es sich um einen "politischen Mißbrauch der Kirchen", den es zu bekämpfen galt.

Am 30. September 1988 wurden drei Schüler und eine Schülerin der Carl-von-Ossietzky-Schule im Ost-Berliner Stadtteil Pankow der Schule verwiesen, weil sie sich offen gegen Militärparaden ausgesprochen und vor dem Rechtsextremismus in der DDR gewarnt hatten. Zwei weitere Klassenkameraden wurden an andere Schulen versetzt, zwei erhielten einen Verweis. Die Betroffenen wurden durch ein systematisches Zusammenspiel von Schule, Leitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und Elternrat gemaßregelt und gedemütigt. Anders als viele ähnliche Fälle wurde dieser Vorgang jedoch öffentlich. Die sogenannte Ossietzky-Affäre schlug hohe Wellen. Der Mut der Jugendlichen rief eine Welle der Solidarität hervor.

Am 28. Oktober 1988 fand in der Berliner Zionskirche eine Andacht statt, in der Pfarrer Hans Simon die Ereignisse in der Carl-von-Ossietzky-Schule und die verhängten Relegierungen thematisierte. Der politische Druck auf die Kirchenleitung der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wuchs und Stasi-Chef Erich Mielke persönlich unterschrieb Vorschläge zur Beeinflussung von Kirchenvertretern, um weitere Veranstaltungen zu verhindern.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3708, Bl. 1-6

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Urheber: MfS
und Informationsgruppe Datum: 29.10.1988
Rechte: BStU

Andacht in der Zionskirche und geplante Maßnahmen gegen Kirchenvertreter

Information erhalten auch die Gen. Herrmann, Hager, Krenz, Jarowinsky, Schabowski, Bellmann und Löffler

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT *Horn*

BStU
000001

Streng geheim!
Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den *29. X. 88*
Y.A. Blatt
8 1. Anlage
Exemplar

Nr. 465/88

1. Horn
2. Herr
3. Hag
4. Kre
5. Jaro
6. Schab
7. Bell
8. Löff
9. Mithg
10. Nei
11. Schwl
12. HA II Ltr.
13. HA IX Ltr.
14. HA IX Ltr.
15. BK Blm Ltr.
16. Ca
17. HA X 814
18. Min
19. HA X 814/85
20. Tawuh
21. ZbG II Ltr.
22. Abf. verzeichnet 10.11.88

INFORMATION
über
die Durchführung einer sogenannten Informationsandacht im
Jugendraum der Zionskirchgemeinde Berlin

Am 28. Oktober 1988 fand in der Zeit von 18.00 Uhr bis 19.15 Uhr im Jugendraum der Zionskirchgemeinde eine sogenannte Informationsandacht im Zusammenhang mit den bekannten Vorkommnissen an der EOS "Carl von Ossietzky" in Berlin-Pankow statt.

An der Veranstaltung nahmen ca. 180 Personen teil. Dabei handelte es sich mehrheitlich um Vertreter kirchlicher Basisgruppen. Unter den Teilnehmern befanden sich die hinlänglich bekannten Personen [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED]
[REDACTED] sowie [REDACTED] und die Pfarrer Hülsemann, [REDACTED] und Simon.

Des weiteren waren die relegierten Schüler Philipp Lengsfeld, Benjamin Lindner und der an eine andere EOS verwiesene [REDACTED] anwesend.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 3708, Bl. 1-6

Blatt 1

Andacht in der Zionskirche und geplante Maßnahmen gegen Kirchenvertreter**MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT**

2
BStU
000002

Entsprechend zentraler Festlegungen wurden am 28. Oktober 1988 die Organisatoren bzw. Personen, die auf der Veranstaltung auftreten wollten, [REDACTED], [REDACTED]; [REDACTED], [REDACTED]; [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED], [REDACTED], kurzfristig zugeführt, um sie an der Teilnahme an der Veranstaltung zu hindern und die Hintergründe aufzuklären.

Im Verlauf der gemäß § 95 StPO durchgeföhrten Befragungen bestritten die zugeführten Personen eine aktive Beteiligung an der Vorbereitung der Veranstaltung. [REDACTED] bestätigte jedoch, den Text der "Einladung" (Wortlaut siehe Anlage 1) für die "Informationsandacht" verfaßt zu haben. Bei [REDACTED] wurden der Text einer maschinen-schriftlich gefertigten "Erklärung der Initiative für Frieden und Menschenrechte" (Wortlaut siehe Anlage 2) sowie ein gedruckter Text mit der Überschrift "Mitglieder der Initiative für Frieden und Menschenrechte fordern die öffentliche Auseinandersetzung mit der Ausreiseproblematik und ihren Ursachen" sichergestellt.

(Dieser Text enthält eine Aufforderung an "Ausreisewillige", insgesamt 17 Fragen zu den Gründen ihres Ausreiseantrages zu beantworten. Die Erhebungen sollen laut Text dem Ziel dienen, die Ursachen für Ausreiseanträge zu "erforschen" und auf dieser Grundlage eine "Öffentlichkeit in der DDR herzustellen".)

Die Inhalte der "Einladung" und der "Erklärung" enthalten teilweise Angriffe gegen die staatlichen Entscheidungen.

Die [REDACTED] führte 6 Exemplare eines vervielfältigten vierseitigen Textes mit der Überschrift "Kurze Darstellung der Ereignisse in der EOS "Carl von Ossietzky" mit sich. (Wortlaut siehe Anlage 3)

Nach Abschluß der Befragungen wurden die zugeführten Personen zur strikten Einhaltung der Gesetzmlichkeit aufgefordert und belehrt. Danach erfolgte im Zeitraum von 21.15 Uhr bis 22.00 Uhr zeitlich gestaffelt ihre Entlassung. Die Verdachtsprüfungshandlungen werden weitergeführt.

Andacht in der Zionskirche und geplante Maßnahmen gegen Kirchenvertreter

3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000003

Zum Inhalt und Verlauf der "Informationsandacht":

Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch Pfarrer Simon gab die [REDACTED] aus ihrer Sicht eine kurze Darstellung der Vorkommnisse an der EOS "Carl von Ossietzky" und informierte über die erfolgten Zuführungen der vorgenannten Personen durch die Sicherheitsorgane. Sie teilte mit, daß sich der Schriftsteller [REDACTED] und [REDACTED] für die Belange der relegierten EOS-Schüler einsetzen.

In der danach erfolgten Andacht erklärte Pfarrer Simon unter Bezugnahme auf biblische Texte, daß allen Christen sozialer und politischer Schutz gewährt werden müsse. Wer dies verwehre und es mit der Trennung von Staat und Kirche begründe, greife das Wort Gottes an. Mit der "Informationsandacht" wolle man nicht Opposition gegen den Staat, sondern die eigene Beteiligung am Leben der Gesellschaft dokumentieren.

Danach informierte Stadtjugendpfarrer Hülsemann über die am 28. Oktober 1988 stattgefundene Beratung der Kirchenleitung. Er übermittelte die Grüße Bischof Forcks an die Anwesenden, verwies auf dessen "Betroffenheit" über die Vorgänge an der Pankower Oberschule und teilte mit, daß sich Forck stark für die Angelegenheit der relegierten Schüler engagierte. Er, Forck, habe sich in dieser Angelegenheit an höchste Stellen gewandt und hoffe auf eine gute Lösung. Forck bittet deshalb, im Interesse der Betroffenen Ruhe zu bewahren und die staatlichen Reaktionen auf seine Bemühungen abzuwarten. Die gesamte Kirchenleitung zeige sich solidarisch.

In seinen weiteren Ausführungen verwies Hülsemann auf die von ihm mit den 4 Schülern geführten Gespräche. Er betonte, an ihre Aufrichtigkeit zu glauben, daß sie mit ihren Aktivitäten keine staatsfeindlichen Absichten verfolgt, sondern nur ihr Recht auf Meinungsäußerung wahrgenommen hätten.

Andacht in der Zionskirche und geplante Maßnahmen gegen Kirchenvertreter

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

4

BStU
000004

Er unterbreitete den Vorschlag, am 4. November 1988 im Stadtjugendpfarramt einen Informationsaustausch über die weitere Entwicklung der Situation durchzuführen und bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Aktivitäten zu unternehmen. Er deutete jedoch an, daß er - sofern sich bis zum 4. November 1988 keine Änderung in der Situation der Betroffenen ergebe - eine Koordinierungsgruppe bilden wird.

Die von Hülsemann dargelegten Standpunkte der Kirchenleitung wurden von mehreren Teilnehmern unterstützt, jedoch mit der Forderung verbunden, bei einem ergebnislosen Verlauf der Gespräche mit den staatlichen Organen öffentlichkeitswirksame Aktionen durchzuführen.

Gegen diese Orientierung der Kirchenleitung wandte sich in scharfmacherischer und massiver Form [REDACTED]. Er forderte, unverzüglich konkrete Maßnahmen für das weitere Vorgehen am 4. November, so u. a. die Einrichtung von Mahnwachen, festzulegen, wenn bis zu diesem Zeitpunkt keine Rücknahme der Regierung der betroffenen Schüler erfolgt sei. Sein Auftreten beeinflußte wesentlich die Atmosphäre unter den Anwesenden und veranlaßte Diskussionsredner, verstärkt Forderungen nach Solidarisierungsmaßnahmen zu erheben. Bereits zuvor hatte ein Teilnehmer seine Bereitschaft erklärt, am 4. November 1988 einen sog. Informationsgottesdienst in der Gethsemane-Kirche durchzuführen. (An der Identifizierung dieser Person und an der Aufklärung beabsichtigter Aktivitäten am 4. November 1988 wird gearbeitet. In Abhängigkeit vom vorliegenden Erkenntnisstand werden Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreitet.)

Ein von [REDACTED] unterbreiteter Vorschlag, die am 29. Oktober 1988 in der Zionskirchgemeinde stattfindende Zusammenkunft der innerkirchlichen Gruppierung "Kirche von unten" für einen Informationsaustausch zu nutzen, wurde von Pfarrer Simon abgelehnt.

Andacht in der Zionskirche und geplante Maßnahmen gegen Kirchenvertreter

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

5

BStU

000005

Zum Abschluß der Zusammenkunft wurde durch Pfarrer Simon ein Gebet gesprochen, in das alle durch die Ereignisse an der "Carl von Ossietzky"-Oberschule Betroffenen eingeschlossen wurden.

Nach Beendigung der "Informationsandacht" verließen alle Teilnehmer den Veranstaltungsort. Dabei kam es zu keinen Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Vorliegenden Hinweisen zufolge nahmen die in der DDR akkreditierten Korrespondenten [REDACTED] und [REDACTED] (ARD), [REDACTED] (ZDF), [REDACTED] (Reuter) und [REDACTED] (DPA) an der Veranstaltung teil bzw. hielten sich im Umfeld des Veranstaltungsortes auf, ohne von der mitgeführten Aufnahmetechnik Gebrauch zu machen.

Es wird vorgeschlagen:

Der Staatssekretär für Kirchenfragen sollte im Zusammenhang mit den Vorkommnissen am 28. Oktober 1988 in den Räumen der Zionskirchgemeinde eine Aussprache mit Bischof Forck durchführen.

Er sollte dabei in grundätzlicher Form derartige kirchliche Praktiken zurückweisen. Bischof Forck sollte dargelegt werden, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg ihre Glaubwürdigkeit verliert, da sie sich offen in staatliche Angelegenheiten einmischt.

Gen. Löffler sollte nachdrücklich fordern, den politischen Mißbrauch der Kirchen zu unterbinden und in diesem Sinne gegebene Zusagen strikt einzuhalten.

Andacht in der Zionskirche und geplante Maßnahmen gegen Kirchenvertreter